



# Sessionsrückblick

Thürnen, 1. Oktober 2013

---

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Für einmal ging es während der Herbstsession der eidgenössischen Räte eher ruhig und zu und her. Es wurde hart und konstruktiv gearbeitet. Das Parlament erledigte während den letzten drei Wochen viele wichtige Vorstösse. Einige darunter wirken sich schon in naher Zukunft auf unser Leben aus. Einzig der Entscheid über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge sorgte für Wirbel unter den Parlamentariern und in den Medien.

## **Gripen-Kampfflieger eine sichere Schweiz**

Erstaunlich, wie viele Politiker plötzlich zu Kampfflugzeugexperten wurden. Mein Entscheid in dieser Frage war sachlich begründet. Ich will eine sichere Schweiz mit einer funktionsfähigen Armee. Wenn das VBS ein Kampfflugzeug braucht, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, setze ich mich dafür ein. Bei der Evaluation dieser komplexen Waffensysteme verlasse ich mich voll und ganz auf die Profis.

## **FDP als Garant für eine sichere Altersvorsorge**

Ganz im Sinne der FDP ging der Nationalrat auf die notwendigen Korrekturen infolge der gestiegenen Lebenserwartung und der bescheidenen Kapitalrenditen bei der beruflichen Vorsorge ein. Mit deutlichen Mehrheiten stimmte die Grosse Kammer zwei Anträgen der FDP-Fraktion zu. Die Höhe des Mindestzinssatzes und der Umwandlungssatz sollen in Zukunft nicht mehr von politischen Entscheiden abhängen. Was nützen den Versicherten schon Rentenversprechen, die die Pensionskassen dereinst nicht einhalten können?

Natürlich wünschen wir uns alle einen möglichst hohen Mindestzinssatz. Je höher dieser ist, umso dicker wird das Kapitalpolster für die Finanzierung unserer Altersrenten. Doch um die vorgeschriebene Rendite zu erreichen, waren die Vorsorgeeinrichtungen in den letzten Jahren gezwungen, risikoreiche Anlagen zu tätigen – was einige Pensionskassen in eine arge Schieflage brachte. Deshalb soll sich der Mindestzinssatz künftig automatisch nach der realen Situation auf den Finanzmärkten richten. Die Höhe der Altersrente bestimmen die Pensionskassen ausserdem anhand des Umwandlungssatzes. Je höher die Lebenserwartung, umso länger muss das angesparte Kapital zur Finanzierung der Altersrente reichen. Der Umwandlungssatz soll sich demnach nach der Lebenserwartung, dem angesparten Kapital und nach den zu erzielenden Renditen richten.

Sehr deutlich stimmte der Nationalrat einer weiteren Forderung der FDP-Fraktion zu, bei der AHV eine Schuldenbremse einzuführen. Denn durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung droht die AHV in einigen Jahren in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Ebenfalls aus den Reihen der FDP stammt die Forderung, auch Nichterwerbstätigen die steuerbegünstigte 3. Säule zu öffnen. In der Praxis werden vor allem Frauen von dieser Möglichkeit der Altersvorsorge profitieren. Nach der deutlichen Zustimmung durch den Nationalrat entscheidet als nächstes der Ständerat.

### **FDP setzt sich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein**

Schon im März durfte ich Erfreuliches in Sachen Ausbildungskosten berichten. In der Frühlingssession beschloss das Parlament, dass Arbeitnehmende die Aus- und Weiterbildungskosten nicht mehr als Einkommen versteuern müssen. Die FDP-Fraktion machte sich in der Herbstsession erneut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stark. Sie wollte keine Obergrenze bei der steuerlichen Behandlung von Aus- und Weiterbildungskosten. Die mehrheitsfähige Meinung trat am letzten Freitag in der Schlussabstimmung beider Räte jedoch ziemlich deutlich zutage. Immerhin: In Zukunft dürfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch die selbst bezahlten Aus- und Weiterbildungskosten bis maximal 12'000 Franken pro Jahr vom steuerbaren Einkommen absetzen.

### **Kein Verkaufsverbot für alkoholische Getränke**

Üblicherweise korrigiert der Ständerat die hin und wieder emotional geprägten Beschlüsse des Nationalrats. In der Herbstsession war es für einmal umgekehrt. Die Grosse Kammer will von einem Verkaufsverbot für alkoholische Getränke zwischen 22 Uhr und 6 Uhr nichts wissen. Auch die vom Ständerat geforderten Mindestpreise für alkoholische Getränke und das Verbot von Happy Hours mit Spirituosen gehen dem Nationalrat zu weit. Zustimmung fand der Vorschlag des Ständerats, die einheimischen Produzenten von Schnäpsen aus Beeren sowie Stein- und Kernobst steuerlich zu begünstigen.

### **Medizinische Grundversorgung in die Verfassung**

Bund und Kantone sollen dafür sorgen müssen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes Zugang zu einer „medizinischen Versorgung von hoher Qualität“ haben. Zudem sollen die Hausärzte als wesentlicher Bestandteil dieser Grundversorgung anerkannt werden. Diese von beiden Räten unterstützte Forderung gilt als Gegenvorschlag zur Initiative „Ja zur Hausarztmedizin“, die der FDP-Fraktion zu weit geht. Noch offen ist der Ausgang der Diskussion um das vom Bundesrat geforderte hausarztfreundliche Tarifsysteem.

Die Herbstsession verlief also ziemlich in meinem Sinne. Sachliche Diskussionen, seriöse politische Arbeit, vernünftige Entscheide und Konsensbereitschaft dominierten das Geschehen. Es gab wenig mediales Tamtam. Für mich stimmt das so. Als Treuhänderin wurde mir zudem eine grosse Freude und Ehre zuteil. Der Vorstand von Treuhand Suisse schlägt mich als neue Verbandspräsidentin vor. Dieses Amt sehe ich als Herausforderung und Chance, um die zentralen Anliegen für den Standort Schweiz mit noch mehr Nachdruck in die Politik einzubringen.

Für Ihr Interesse an meiner Arbeit in Bern danke ich Ihnen herzlich. Ich freue mich schon jetzt darauf, Ihnen kurz vor Weihnachten von der Wintersession zu berichten.

**Daniela Schneeberger**

Nationalrätin FDP BL

#### **Kontakt:**

[daniela.schneeberger@parl.ch](mailto:daniela.schneeberger@parl.ch)

[www.danielaschneeberger.ch](http://www.danielaschneeberger.ch)

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)